

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Alter Pass bald nicht mehr gültig

(paf) - Seit dem 1. April 1985 werden vom Passamt ausschliesslich die neuen, von der Regierung genehmigten Passformulare abgegeben. Die alten Passformulare, die seit diesem Zeitpunkt auch nicht mehr verlängert werden, treten nun nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsregelung Ende März 1990 definitiv ausser Kraft. Ab dem 1. April sind die alten Pässe auch nicht mehr für den Grenzübergang in jene Länder gültig, welche die Einreise mit Pässen gestatten, die nicht länger als fünf Jahre abgelaufen sind. Damit unnötige Wartezeiten - insbesondere zu Beginn der Ferienzeit - vermieden werden können, empfiehlt das Passamt, sich rechtzeitig um die Ausstellung eines neuen Reisepasses zu bemühen. Dazu werden in der Regel der alte Pass sowie zwei neue Fotos benötigt.

Liechtensteiner Landesbürger, die noch keinen Reisepass besitzen, benötigen für die Ausstellung eine Identitätskarte und zwei neue Fotos oder aber eine Personbeschreibung der liechtensteinischen Wohn- oder Bürgergemeinde und zwei neue Passfotos. Die Personbeschreibung wird durch die Gemeindebehörden ausgestellt; erforderlich sind lediglich die Vorlage des Geburtscheines oder des Familienbüchleins sowie ein neues Passfoto.

Liechtensteiner Landesbürger können gleichzeitig einen Reisepass und eine Identitätskarte besitzen. Für die Ausstellung der Identitätskarte gelten die gleichen Vorschriften wie für den Reisepass.

Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner mit Wohnsitz in der Schweiz müssen die Ausweispapiere bei der liechtensteinischen Botschaft in Bern beantragen. Für Liechtensteiner Landesbürger mit Wohnsitz in einem Drittstaat ist die jeweilige Schweizer Vertretung zuständig.

## Europäische Dynamik nach der «Luxemburger Erklärung» von 1984

Enge Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA nach dem ersten gemeinsamen Treffen der Minister beider Wirtschaftsblöcke

(G.M.) - 1992 - mit dieser Jahreszahl verbinden sich im europäischen Integrationsprozess verschiedene Hoffnungen, zu deren Erfüllung eine Reihe konkreter Massnahmen notwendig sind. Mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte unterstrichen vor einigen Jahren EG und EFTA ihren politischen Willen, das Schwergewicht der Integrationsbestrebungen auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes zu legen. Die Zielvorstellungen lauten, dass bis Ende 1992 die bereits im Römer Vertrag von 1957 festgelegten Ziele des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs verwirklicht werden. Inzwischen sind die Vorarbeiten einer Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA so weit gediehen, dass neben dem Binnenmarkt der EG vor der Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes von EG und EFTA die Rede ist. Wir werden in unserem zweiten Beitrag zur europäischen Integration versuchen, die nach dem Luxemburger Treffen von 1984 in Gang gekommene Dynamik der Entwicklung darzustellen.

Das Programm zur Vollendung eines einheitlichen EG-Binnenmarktes war von der EG-Kommission in Form eines Weissbuches vorgelegt worden, das eine

lange Liste von konkreten Massnahmen zur Verwirklichung enthält. Dieses Weissbuch sieht vor, dass bis 1992 alle Hindernisse und Grenzen, die den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital behindern, beseitigt werden. Diese «vier Freiheiten», deren freier Fluss in den EG-Staaten teilweise schon Wirklichkeit ist, stehen zusammen mit sogenannten flankierenden Massnahmen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) von EG und EFTA.

### Brückenschlag von EG und EFTA

Als einen «Meilenstein in der Geschichte der EFTA» bezeichnete der schweizerische Bundesrat in seinem Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess das «Treffen von Luxemburg» im Jahre 1984, als sich erstmals seit Bestehen von EG und EFTA die Minister beider Wirtschaftsblöcke zu Besprechungen trafen.

Diese Gespräche fanden ihren Niederschlag in der «Erklärung von Luxemburg», in der die Vertreter der europäischen Staaten ihren Willen zum Ausdruck brachten, künftig ihre Zusammenarbeit zu intensivieren, um in Westeuro-

pa einen «dynamischen europäischen Wirtschaftsraum» zu errichten. In verschiedenen Ministertreffen der EFTA-Staaten wurden diese Zielsetzungen bekräftigt. Mit den Absichtserklärungen wurden die gemeinsamen Ziele der EG-EFTA-Zusammenarbeit formuliert, die Arbeitsmethoden für die Erreichung der gesteckten Ziele aufgezeigt und der Bereich der Sachgebiete festgelegt, in denen die Zusammenarbeit vor allem ausgebaut werden soll.

### Dynamischer Wirtschaftsraum

Das Konzept des Wirtschaftsraumes geht in seinen Vorstellungen weit über die Grundsätze einer Freihandelszone hinaus, indem Sachbereiche erfasst werden sollen, die nicht nur den freien Warenverkehr betreffen, sondern auch die anderen «Freiheiten» wie freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr umfassen. Nach den Absichtserklärungen besteht die Zielvorstellung, möglichst weitgehend binnenmarktfähnliche Verhältnisse zu schaffen. Damit soll verhindert werden, dass die Vollendung des EG-Binnenmarktes zur Entstehung neuer Hindernisse und Diskriminierungen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EG- und EFTA-Staaten führt. Wie Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für

Volkswirtschaft, in einem Vortrag vor Wirtschaftsführern erklärte, wird heute auf etwa 25 Gebieten geprüft, «wo und wie enger zusammengearbeitet werden kann.» Fortschritts- und Konkretisierungsgrad dieser Prüfung ist nach seinen Angaben von Gebiet zu Gebiet verschieden. Wichtig erscheint für unser Land, dass wir sowohl an der Ministerkonferenz von Luxemburg vertreten waren und seither auch auf Beamtenebene am «Follow-up von Luxemburg» teilhaben.

### Strukturiertere Zusammenarbeit

Vor rund einem Jahr hat EG-Kommissionspräsident Jacques Delors, vor allem verantwortlich für die Dynamik der gegenwärtigen Integrationsbemühungen, die Anregung für eine «strukturiertere» Zusammenarbeit und Partnerschaft angeregt, was insbesondere bei den EFTA-Staaten auf fruchtbaren Boden fiel. Die EFTA-Minister, die sich schon im März 1989 mit dieser Problematik befassten, bekräftigten Mitte Dezember des letzten Jahres an ihrer Ministertagung die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges und äusserten gleichzeitig ihre Zielsetzung, dass das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum parallel zum EG-Binnenmarkt in Kraft treten könne.

### Die «vier Freiheiten» Kapital

Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes werden alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs aufgehoben und somit eine völlige Freiheit des Kapitalverkehrs hergestellt. Durch ein umfangreiches Gemeinschaftsrecht soll allmählich ein einheitlicher Markt für alle Finanzdienstleistungen ermöglicht werden. Das Europäische Währungssystem soll nach der Vollendung des Binnenmarktes ausgebaut werden. Endziel dieses Ausbaus ist eine gemeinsame «Währungs- und Wirtschaftsunion». Vorgesehen ist eine Einheitswährung, eine europäische Zentralbank und eine gemeinsame Währungspolitik.

### Die «vier Freiheiten» Dienstleistungen

Für den Dienstleistungssektor bedeutet der Binnenmarkt 1992 ebenfalls eine Öffnung gegenüber heute. Bei den traditionellen Dienstleistungssektoren wie Banken und Versicherungen wird eine Liberalisierung stattfinden. Ebenso soll eine Liberalisierung in den neuen Dienstleistungsbereichen erfolgen, worunter die Telekommunikation, die audio-visuellen Medien und die Informatik gehören.

Zu den Dienstleistungsbereichen gehört auch der Verkehr. Die europäische Verkehrspolitik soll angepasst und liberalisiert werden.

### Die «vier Freiheiten» Waren

EG 1992 bedeutet für die Industrie, dass ein Totalabbau aller Zölle und handelsbeschränkender Massnahmen erfolgt. Die gegenseitige Anerkennung der gleichwertigen nationalen Vorschriften ermöglicht innerhalb der Gemeinschaft den freien Warenverkehr.

Die wichtigsten Sicherheits- und Schutzvorschriften sollen harmonisiert werden. Beim öffentlichen Beschaffungswesen erfolgt eine Marktöffnung mit gleichen Chancen für alle.

### Die «vier Freiheiten» Personen

Freier Personenverkehr heisst, dass die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen in Europa abgeschafft werden. Dafür sind verschärfte Grenzkontrollen an den Aussengrenzen nötig.

Dies bedeutet für die EG-Staaten eine Angleichung der Visa- und Asylpolitiken und der Sozialversicherungssysteme. Für die Menschen besteht freie Niederlassungsfreiheit mit der Aufhebung der noch bestehenden Beschränkungen. Freizügigkeit besteht auch für freiberuflich Tätige.

## 2,8 Mio Kubikmeter Holz weggefegt

Bern (AP) Die beiden Orkane «Vivian» und «Wiebke» haben in der vergangenen Woche 2,8 Millionen Kubikmeter Fallholz verursacht. Das bedeutet rund zwei Drittel der jährlichen Holznutzung, wie der Eidgenössische Forstdirektor Heinz Wandeler am Dienstag auf Anfrage erklärte. Doch sei das Ausmass immer noch nicht voll und ganz überblickbar, könnten die Schäden in abgelegenen Tälern doch erst nach der Schneeschmelze ermittelt werden. Für Aufrüstungsarbeiten habe der Bund einen Kredit von 30 Millionen Franken zur Verfügung.

Dieser Betrag reicht für die finanzielle Unterstützung aber wohl nicht aus, wie Wandeler nach einem Treffen mit Vertretern von Kantonen und der Wald- und Holzwirtschaft erklärte. Es werde deshalb geprüft, ob der jährliche Kredit, der im Bundesbeschluss über die Walderhaltung geregelt ist, erhöht werden müsse.

## Machbar ist alles - die Frage ist der Preis

Diskussionsrunde von Eltern und Lehrern über die Auswirkungen eines schulfreien Samstags

«Schulfreier Samstag? - Auswirkungen auf Lehrer, Schüler und Eltern», so der Titel einer Diskussionsrunde, zu der die Elternvereinigung des Liechtensteiner Gymnasiums eingeladen hatte. An die 80 Personen waren ins Foyer des LG gekommen, um sich zu informieren und um mit den Podiumsteilnehmern zu diskutieren.

«Bei uns wird ein Thema erst interessant, wenn darüber entschieden wird oder bereits entschieden ist» - so eine lakonische Feststellung. Die Tatsache, dass unbeachtet zweier unbeantworteter Interpellationen im Landtag die Regierung mittels Beschluss den schulfreien Samstag entschied, wirkt dabei kräftig mit. Der Kritik am Vorgehen des Schulamtes entgegnete Kurt Korner, dass eine Umfrage bei 2500 Eltern und der Einbezug der Lehrervereinigung ein mehrheitliches «Ja» für den schulfreien Samstag ergeben hatte. Muss damit nun der Samstag für den Unterricht vergessen werden? «Für mich ist die Sache noch nicht entschieden», plädierte Georg Schierscher.

Dem Pro-Argument «Abbau der Hektik» entgegnete er: «Man produziert während der Woche den Stress, den man dann am schulfreien Samstag kompensieren muss. Die Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der nur in Ruhe erledigt werden kann». Nicht die organisatorische Frage stehe im Mittelpunkt, sondern die Mehrbelastung für Schüler und Lehrer, wenn der Stoff noch mehr zusammengedrückt werde.

### Mehr Zeit für die Familie - mehr soziale Probleme?

Für einen schulfreien Samstag - und zwar in allen Schulen - spricht natürlich der Gedanke, dass dann mehr Zeit fürs Familienleben bleibt. Darin waren sich alle Anwesenden einig. Dagegen steht aber auch die Tatsache, dass nicht jede Familie so heil ist wie es gerne gesehen wird und somit auch vermehrt soziale Probleme auftauchen könnten. Dr. Ge-

org Sele äusserte sich wiederholt, dass ihm die klare Zielsetzung im ganzen Schulkonzept fehle sowie ein gesellschaftlicher Konsens. «Wollen wir die Kinder zum Konsum erziehen?», fragte er und: «Für die letzte Generation war es ein Nachteil, Liechtensteiner zu sein, die heutige schwimmt im fremden Geld. Schon für die nächste Generation könnte das Liechtensteiner-Sein wieder zum (Fortsetzung auf Seite 2)



Über das Für und Wider der Fünftageswoche in der Schule wurde am Montag im LG diskutiert. Als Gesprächspartner standen (v.l.n.r.) Dr. Georg Sele, Georg Schierscher, Dr. Dieter Meier, Stefan Wenaweser, Josef Frommelt und Josef Biedermann zur Verfügung. (Bild: bs)

## Putschversuch in Afghanistan

Kabul (AP) In der afghanischen Hauptstadt Kabul ist es am Dienstag offenbar zu einem Putschversuch gegen die kommunistische Regierung von Präsident Nadschibullah gekommen. In einer in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad empfangenen Sendung von Radio Kabul hiess es, ein Staatsstreich von Verteidigungsminister General Schanawas Tanai sei gescheitert. Der Minister sei geflohen und Sicherheitskräfte würden nach ihm und seinen Gefolgsleuten suchen. Wie Radio Kabul weiter berichtete, soll der bisherige Innenminister Aslam Watanjar das Verteidigungsressort übernehmen.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete, unbekannte Flugzeuge hätten gegen 13.45 Uhr Ortszeit den Präsidentenpalast in Kabul bombardiert. Die Angreifer seien mit Flugabwehrraketen beschossen worden.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

**Schaan-Vaduz**

**aktuell - frisch und preiswert**

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

**LUK**

Leben, Unfall, Krankheit. In einer Police.

**ZÜRICH**  
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein, Josef Sele, Aulestrasse 80, 9490 Vaduz, Tel. 075/2 43 33